

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. November 1995

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	29, 30
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	35	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	37, 38
Barnett, Doris (SPD)	46, 47	Marx, Dorle (SPD)	58, 59
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	44, 45	Matthäus-Maier, Ingrid (SPD)	56, 57
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	3	Rauen, Peter Harald (CDU/CSU)	5, 6
Caspers-Merk, Marion (SPD)	10, 65	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	11
Conradi, Peter (SPD)	42, 43	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	7, 8
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Schily, Otto (SPD)	52, 53
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	20	Schmidt, Albert (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Erler, Gernot (SPD)	63, 64	Dr. Schubert, Mathias (SPD)	60, 61
Faße, Annette (SPD)	12, 13	Sorge, Wieland (SPD)	54, 55
Gansel, Norbert (SPD)	28, 34	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	39, 40	Dr. Struck, Peter (SPD)	50, 51
Hampel, Manfred (SPD)	62	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 36
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	25, 26	Tauss, Jörg (SPD)	9
Iwersen, Gabriele (SPD)	1, 2	Dr. Thalheim, Gerald (SPD)	48, 49
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	33	Titze-Stecher, Uta (SPD)	27
Kastner, Susanne (SPD)	23, 24	Weißgerber, Gunter (SPD)	41
Kubatschka, Horst (SPD)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

1. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Deutsche Post AG ihre Anteile an der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbau Gesellschaft mbH veräußern will?
2. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, ihre Anteile an der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbau Gesellschaft mbH aufzuteilen und den örtlichen ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zum Kauf anzubieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

3. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD) Welche Auswirkungen wird nach Auffassung der Bundesregierung die Tatsache, daß die USA ihren Zahlungsverpflichtungen an die IDA (International Development Association) nicht nachkommt, auf das Beitragsverhalten der Bundesrepublik Deutschland haben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die USA zur Erfüllung ihrer Beitragspflichten zu drängen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

4. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welchem Umfang sind nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der u. a. vom Bundeskriminalamt durchgeführten Fahndung nach dem Bauunternehmer Dr. Jürgen Schneider Abhör- oder andere Überwachungsmaßnahmen gegenüber Journalisten – u. a. der ARD, der ZDF-Redaktion „Frontal“ und des Magazins „Focus“ – sowie Rechtsanwälten, die angeblich Kontakt mit Dr. Jürgen Schneider hatten, veranlaßt worden, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch derartige Ermittlungsmaßnahmen das berufsbedingte Zeugnisverweigerungsrecht gemäß § 53 der Strafprozeßordnung ausgehöhlt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

5. Abgeordneter
**Peter Harald
Rauen**
(CDU/CSU)
- Wie viele unbegründete Widersprüche haben die Leistungsempfänger der Bundesanstalt für Arbeit gegen die im Dezember 1994 ergangenen Änderungsbescheide erhoben, nachdem die stellvertretende Vorsitzende beim Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Ursula Engelen-Kefer, die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hierzu erlassene Rechtsverordnung fälschlich als rechtswidrig bezeichnet und zur Erhebung von Widersprüchen öffentlich aufgefordert hat?
6. Abgeordneter
**Peter Harald
Rauen**
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind der Bundesanstalt für Arbeit durch diese unbegründeten Widersprüche entstanden, wenn man – falls keine konkreten Angaben vorliegen – 100 DM je Bearbeitungsfall unterstellt, und kann die Bundesanstalt für Arbeit diese Kosten von Dr. Ursula Engelen-Kefer erstattet erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

7. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Ist nach den Vorstellungen der Bundesregierung das zukünftige europäische Hochgeschwindigkeitsnetz in der Linienführung identisch mit einer Karte, wie sie im November-Heft „ZUG“ der Deutschen Bahn AG (S. 22) abgebildet ist?
8. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Rose**
(CDU/CSU)
- Welche Priorität hat danach die klassische West-Ost-Verbindung von Köln über Frankfurt, Nürnberg, Passau, Wien nach Budapest und Bukarest, und wie sieht der Zeitplan für den deutschen Anteil dieser Strecke aus?
9. Abgeordneter
**Jörg
Tauss**
(SPD)
- Treffen Informationen zu, wonach sich das Bundesministerium für Verkehr bei der anstehenden Standortentscheidung einer neuen Bahndirektion Südwest für den Standort Stuttgart statt Karlsruhe ausgesprochen, auf den Bahnvorstand entsprechenden Druck ausgeübt und damit für Stuttgart Partei ergriffen hat, und wenn ja, welche Gründe sieht das Bundesministerium für Verkehr, die gegen den Standort Karlsruhe sprechen, nachdem der Bahnvorstand ursprünglich bereits Karlsruhe als geeignet angesehen hatte?

10. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz, der die Weiterführung der A 98 über Schweizer Gebiet regelt, bislang weder paraphiert noch ratifiziert ist, sondern im Gegenteil die Schweizer Seite nicht bereit ist, die A 98 weiterzuführen?
11. Abgeordnete
**Karin
Rehbock-Zureich**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den weiteren Ausbau der A 98 bis zur Schweizer Grenze voranzutreiben, ohne daß ein gültiger Staatsvertrag, der die Weiterführung über Schweizer Gebiet regelt, vorliegt?
12. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die vom Bundesminister für Verkehr Matthias Wissmann angekündigte ganzjährige Stationierung eines schweren Hochseeschleppers in der Deutschen Bucht zur Vermeidung von Strandung und Umweltkatastrophen garantieren, wenn im Haushalt 1996 nur 3 Mio. DM bereitstehen und Schiffe im Internationalen Zweitregister nicht berücksichtigt werden dürfen?
13. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung bei der Formulierung der Kriterien für die erneute Ausschreibung des Hochseeschleppers für die Deutsche Bucht die Sicherstellung einer reibungslosen Kommunikation der Seeleute an Bord, die Schleppfähigkeit ab Windstärke 8, die Ausbildung und Notfalleinsatz Erfahrung der Besatzung und die Eignung des Schiffes für den Notfalleinsatz zwingend berücksichtigen?
14. Abgeordneter
**Albert
Schmidt
(Hitzhofen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung den Widerspruch, daß sie, in ihrem Sachstandsbericht den Eindruck erweckt, es wären bereits heute zwei bundeseigene Mehrzweckschiffe mit Notschleppkapazität in der Deutschen Bucht in Betrieb, obwohl das Schiffsunfallbekämpfungsschiff SUBS noch in der Planungsphase ist und noch nicht einmal der Auftrag für diesen Neubau an eine Werft vergeben wurde, das Mehrzweckschiff „Mellum“ zum Zeitpunkt des Sachstandsberichtes aufgrund von Umbauarbeiten bis Ende Dezember einen Werftaufenthalt hat und daher nicht eingesetzt werden kann und das Mehrzweckschiff „Scharhorn“ keine Schleppleistung für Notschleppereinsätze hat?

15. Abgeordneter
**Albert
Schmidt
(Hitzhofen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß sie zugelassen hat, daß nach Pressemitteilungen des Bundesministeriums für Verkehr zumindestens für den Zeitraum vom 4. bis zum 22. September 1995 das Seegebiet Deutsche Bucht gänzlich ohne Notschleppkapazität war, obwohl die Notwendigkeit zur Bereithaltung solcher Kapazitäten von der Bundesregierung mehrfach bejaht und vom Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages gefordert worden war?
16. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und wann wird die Bundesregierung ihre Entscheidung, die sie in ihrer Antwort vom 5. Juli 1995 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gila Altmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/1744, „Hochseeschlepper unter bundesdeutscher Flagge und Küstenschutz“) mitgeteilt hat („die Bundesregierung hat unter Einbeziehung der Expertengruppe . . . entschieden, daß dieses Konzept durch die befristete Anmietung eines zusätzlichen Hochseeschleppers ergänzt werden soll . . .“), mit der Charterung eines bundesdeutschen Hochseeschleppers umsetzen, oder ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie diese angekündigte Erhöhung der Notschleppkapazitäten für den Schutz der Deutschen Bucht vor Tanker- und Großschiffstrandungen bereits umgesetzt hat?
17. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung aufgrund der Tatsache, daß der für den Umbau der „Mellum“ erforderliche Werftaufenthalt, der – im Gegensatz zu einer Schadensreparatur – der Bundesregierung langfristig bekannt war, die freihändige Vergabe des Auftrages für ein Ersatzschiff, obwohl die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 5. Juli 1995 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gila Altmann und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/1744, „Hochseeschlepper unter bundesdeutscher Flagge und Küstenschutz“) mitgeteilt hat: „Das MZS ‚Mellum‘ kann deshalb derzeit bei Ausfall (z. B. einer Reparatur oder Wahrnehmung eines anderen Auftrags) durch ein vergleichbares Schiff nicht ersetzt werden. Außerdem steht für die ‚Mellum‘ eine mehrmonatige Werftliegezeit für Umbauarbeiten an“, und in ihrem Sachstandsbericht vom 4. September 1995 zur Notschleppkapazität Deutsche Bucht zum Haushaltstitel 53 391 „Maßnahmen zur Abwehr drohender Gefahren und zur Abwehr erheblicher Schäden“ mitgeteilt hat, daß das Mehrzweckschiff „Mellum“ zur Zeit für den Einsatz als Schadstoffunfallbekämpfungsschiff umgebaut wird und die „geplante Werftzeit vom 4. September bis Ende Dezember 1995“ dauern wird?

18. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anforderungen stellt die Bundesregierung an einen Hochseeschlepper, der für Notfalleinsätze in der Deutschen Bucht vorgesehen ist, und wie begründet sie diese Anforderungen?
19. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum fordert die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord in Kiel in der Leistungsbeschreibung für ein Schiff, das zur Verstärkung der Notschleppkapazitäten auf das von der Bundesregierung notwendige Maß gechartert werden soll, daß dieses Schiff „einsatzfähig in ex-gefährdeten Bereichen (Ex-Schutz bis 16 m über der Wasserlinie)“ ist?
20. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)
- In welchem Umfang würden sich welche Konsequenzen aus den zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen des Bundes im Bundeshaushaltsplan 1996 vorgesehenen Maßnahmen für den Besitzstand der Wohnungen der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner ergeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

21. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bei einem Fachgespräch im Bayerischen Umweltministerium vom 2. November 1995 mit dem TÜV Bayern vorgebrachten neuen Fakten, z. B., daß in vielen konzeptrelevanten Fragen die erforderlichen Sicherheitsnachweise bisher noch nicht erbracht worden sind, und wird sich die Bundesregierung bei dieser Sachlage dafür einsetzen, daß die erste Teilerrichtungsgenehmigung erst nach eingehender Prüfung und Durchführung der für die Sicherheit erforderlichen Versuche erteilt wird?
22. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Inwiefern ist die für den Forschungsreaktor München II (FRM II) durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung von der Klage der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der unsachgemäßen Anwendungen der Richtlinie zur Umweltverträglichkeit vor dem Europäischen Gerichtshof betroffen, und was gedenkt die Bundesregierung in diesem Fall zu tun?

23. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung aus öko- und humantoxikologischer Sicht die Entdeckung von synthetischen Nitro- und polycyclischen Moschus-Duftstoffen in Gewässern und Fischen im Ruhreinzugsgebiet, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, inwieweit sich diese Stoffgruppen, 1,1,1-Trichlor-2,2-bis(4-chlorphenyl)ethan und seine Isomeren (DDT) vergleichbar, im menschlichen Fettgewebe angereichert haben?
24. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Herkunft dieser polycyclischen Moschus-Duftstoffe vor, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Substanzen evtl. wegen ihres hochlipophilen Akkumulationsverhaltens nach dem Chemikaliengesetz zu verbieten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

25. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Läßt es das Berufsbildungsgesetz in seiner heute gültigen Fassung von 1969 zu, daß Auszubildende einen nicht unerheblichen Teil ihrer Ausbildungszeit im EU-Nachbarland (z. B. in den Niederlanden) verbringen?
26. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)
- Welche gesetzlichen Vorgaben behindern die Entwicklung binationaler Berufsausbildungen, einschließlich binationaler Abschlüsse, im Rahmen der EU, und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung solche zukunftsweisenden Vorhaben im Bereich der beruflichen Erstausbildung, um den Fachkräftebedarf zu decken und die Qualifizierung für den EU-Arbeitsmarkt im jeweiligen Grenzbereich voranzutreiben?
27. Abgeordnete
Uta Titze-Stecher
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die im Haushalt vorgesehenen Mittel für den geplanten Forschungsreaktor München II sperren, bis die Machbarkeit des Reaktorkonzeptes unter Gewährleistung der Erfüllung von Mindestanforderungen an die Sicherheit belegt ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

28. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Welche Erkenntnisse über eine deutsche Beteiligung beim Rüstungsprogramm des Iraks für ABC-Waffen sind der Bundesregierung beim letzten Besuch des UNO-Beauftragten Ikeus vermittelt worden, und was hat die Bundesregierung daraufhin veranlaßt?
29. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über den Stand der Ermittlungen der dominikanischen Behörden in bezug auf die Vergewaltigung deutscher Touristinnen in der Dominikanischen Republik, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu unternehmen, daß sich weiterhin Überfälle auf deutsche Urlauberinnen und Urlauber in der Dominikanischen Republik ereignen und – nach Aussage von Betroffenen – an Brutalität sogar zunehmen?
30. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung die Aussage des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, der sich für die „totale Ächtung weltweit“, das „Verbot der Produktion von Anti-Personen-Minen“ und die Vernichtung bestehender deutscher Minenbestände aussprach, mit dem Bundeshaushalt in Einklang zu bringen, der für Minenforschung, -entwicklung und -beschaffung 1995 235,2 Mio. DM, 1996/1997 156,1 Mio. DM vorsieht?
31. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft die Bundesregierung Vorbereitungen hinsichtlich der durch die Offensive der Regierungstruppen im Norden Sri Lankas ausgelösten Flüchtlingswelle, und wie schätzt die Bundesregierung deren Ausmaß sowie die Versorgungs- und Gesundheitslage der Flüchtlinge zur Vorbereitung ihrer diesbezüglichen Maßnahmen ein?
32. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Beginn der Offensive ergriffen, um die Arbeit der Flüchtlingsorganisationen zu unterstützen, und welche Organisationen können unter den gegebenen Umständen im Norden Sri Lankas noch wirkungsvolle Flüchtlingsarbeit leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

33. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit ein zentrales, einheitliches Vorgehen durch das Bundeskriminalamt und die Landeskriminalämter bei der Fahndung nach den rumänischen Tresorknacker-Banden erfolgen kann, denen bundesweit über 5 000 Straftaten angelastet werden?
34. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundeskriminalamt den Chef des iranischen Ausland-Geheimdienstes Fallahian bei einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland 1993 festnehmen lassen wollte, weil er „als Drahtzieher des Mordanschlags auf die vier Führungsmitglieder der iranisch-kurdischen Opposition gilt, die am 17. September 1992 im griechischen Restaurant Mykonos in Berlin mit automatischen Waffen niedergestreckt wurden“ (zitiert aus der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ in der „Welt am Sonntag“ vom 19. November 1995), und daß der damalige amerikanische Botschafter in Bonn, Holbrooke, im Auftrag des amerikanischen Außenministers Warren Christopher bei der Bundesregierung gegen den Besuch von Fallahian protestiert hat?
35. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die „Kommunistische Plattform“ und die „AG Junge Genossen“ in der PDS vor inklusive der Unterstützung dieser Gruppen für Aktionen gewaltbereiter Linksextremisten?
36. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den ihr unterstehenden Drogenverbindungsbeamten in den Niederlanden sowie den sonstigen Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes, die an Drogengeschäften in den Niederlanden und der Ausbildung der dortigen Fahnder beteiligt waren, bereits Aussagegenehmigungen für die vom Untersuchungsausschuß des niederländischen Parlaments beabsichtigten Vernehmungen erteilt, und falls noch nicht, welche Notwendigkeit sieht die Bundesregierung möglicherweise, diese Genehmigung nicht oder nur eingeschränkt zu erteilen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, wonach die bundes-eigene Gesellschaft für kommunale Altkredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung mbH (GAW) nach dem 23. November 1995 mit dem Versenden von Mahnbescheiden an die mit Altschulden belasteten Kommunen in den neuen Ländern beginnen wird, und hält die Bundes-regierung dieses Vorgehen der GAW auch nach Bekanntwerden eines Rechtsgutachtens, nach dem die ostdeutschen Städte und Gemeinden nicht zur Rückzahlung von kommunalen Alt-schulden verpflichtet sind, noch für angemessen und gerechtfertigt?
38. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung oder ihr unterstellte Institutionen dafür maß-gehend, daß beim Verkauf der Deutschen Kredit-bank AG an die Bayerische Landesbank die in der Bilanz der Deutschen Kreditbank AG ausge-wiesenen kommunalen Altschulden ausgeklam-mert wurden und die Abwicklung der Altschul-den – abweichend vom Verfahren bei früheren Verkäufen von ehemaligen Banken der DDR an westdeutsche Banken – der vom Bund gegründe-ten Gesellschaft für kommunale Altkredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung mbH (GAW) übertragen wurde, und wie wirkte sich dies auf den Kaufpreis aus?
39. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Welche Vorverträge bzw. sonstigen früheren Vereinbarungen aus der Zeit vor dem 3. Oktober 1990 haben die Bundesregierung bzw. ihr unter-stellte Institutionen beim Verkauf der folgenden Banken Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadt-bank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG, in ihrer Verhandlungsfreiheit eingeschränkt, und durch welche Punkte in diesen Vorverträgen bzw. Vereinbarungen war die Verhandlungsfrei-heit eingeschränkt?
40. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Welche Mitglieder bzw. Mitarbeiter oder Beauf-tragte der Bundesregierung und der Regierung der DDR haben an den Verhandlungen über die Abwicklung von Altkrediten der ehemaligen DDR und die Übernahme von Geschäften ehe-maliger DDR-Kreditinstitute durch andere Geschäftsbanken teilgenommen?

41. Abgeordneter
Gunter Weißgerber
(SPD)
- Haben nach Ansicht der Bundesregierung Geldinstitute finanzielle Vorteile daraus ziehen können, daß ihnen durch zwei- oder mehrfache Zinszahlungen auf zugeteilte Ausgleichsforderungen Mittel zugeflossen sind, die ihnen nicht gestanden hätten?
42. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- In welcher Höhe sind auf Ausgleichsforderungen, die Geldinstituten seit dem 1. Juli 1990 zugeteilt wurden, Zinsen angefallen, die den Bundeshaushalt bzw. den Erblastentilgungsfonds belasten?
43. Abgeordneter
Peter Conradi
(SPD)
- Beim Verkauf welcher der folgenden Banken bzw. ihrer Anteile haben die Bundesregierung oder ihr unterstellte Institutionen in den Kaufverträgen Nachbesserungsklauseln eingebracht: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?
44. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)
- Welche Immobilien befanden sich zum Zeitpunkt des Verkaufs der folgenden ehemaligen DDR-Geldinstitute bzw. ihrer Anteile in deren Besitz oder deren anteiligem Besitz: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?
45. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)
- Welchen Wert hatte beim Verkauf der folgenden Banken bzw. ihrer Anteile ggf. der Immobilienbesitz, und wurde dieser Wert bei der Kaufpreisermittlung berücksichtigt: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?
46. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Sind Geldinstitute durch die Zuteilung von Ausgleichsforderungen bezüglich der Altkredite aus der ehemaligen DDR von jedem finanziellen Risiko freigestellt worden?
47. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD)
- Wie ist bei der Festlegung des Kaufpreises berücksichtigt worden, daß Geldinstitute durch ihnen zugeteilte Ausgleichsforderungen über deren Umwandlung in Inhaberschuldverschreibungen neben Zinserträgen auch andere Erträge erzielen konnten?

48. Abgeordneter
Dr. Gerald Thalheim
(SPD)
- Beim Verkauf welcher der nachfolgend aufgelisteten ehemaligen DDR-Banken bzw. deren Anteilen haben die Bundesregierung oder ihr unterstellte Institutionen bei der Festlegung des Kaufpreises ein Agio angesetzt, und auf welche Weise wurde ggf. das Agio festgelegt: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?
49. Abgeordneter
Dr. Gerald Thalheim
(SPD)
- Beim Verkauf welcher der nachfolgend aufgelisteten ehemaligen DDR-Banken bzw. deren Anteilen haben die Bundesregierung oder ihr unterstellte Institutionen bei der Festlegung des Kaufpreises ein „good will“ angesetzt, und auf welche Weise wurde ggf. das „good will“ festgesetzt: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?
50. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die endgültige Belastung des Erblastentilgungsfonds aus der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an Geldinstitute, um die Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen zu decken und um ein Eigenkapital in Höhe von 4% der Bilanzsumme zu erreichen?
51. Abgeordneter
Dr. Peter Struck
(SPD)
- Konnte die Zuteilung von Ausgleichsforderungen auch dazu führen, daß das Eigenkapital mehr als 4 % der Bilanzsumme erreichte, und in welcher Höhe ist dies ggf. geschehen?
52. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- In welcher Weise und ab wann war der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, mit Verhandlungen und Gesprächen über die Abwicklung von Altkrediten der ehemaligen DDR und die Übernahme von Geschäften ehemaliger DDR-Kreditinstitute durch andere Geschäftsbanken befaßt?
53. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Wie hoch ist der Verkaufserlös insgesamt, den die Bundesregierung oder ihr unterstellte Institutionen durch den Verkauf der folgenden ehemaligen DDR-Banken oder ihrer Anteile erzielt haben: Deutsche Kreditbank AG, Berliner Stadtbank AG, Genossenschaftsbank Berlin, Deutsche Außenhandelsbank AG, Deutsche Handelsbank AG?

54. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen bisher die ihm von Geldinstituten vorgelegten Grundlagen (Bilanzen, Prüfberichte) für die Zuteilung von Ausgleichsforderungen bzw. Ausgleichsverbindlichkeiten beanstandet, und wenn ja, welche Auswirkungen hatte dies auf die Ausgleichsforderungen bzw. -verbindlichkeiten?
55. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Gespräche mit dem Bundesverband deutscher Banken e. V. zum Thema der Abwicklung von Altkrediten der ehemaligen DDR und der Übernahme von Geschäften ehemaliger DDR-Kreditinstitute durch andere Geschäftsbanken geführt?
56. Abgeordnete
Ingrid
Matthäus-Maier
(SPD)
- Wie hoch ist nach aktuellem Stand die Summe der Ausgleichsverbindlichkeiten, die seit dem 1. Juli 1990 Geldinstituten und Außenhandelsbetrieben zugeteilt wurden und damit den Ausgleichsfonds Währungsumstellung bzw. den Erblastentilgungsfonds entlastet haben?
57. Abgeordnete
Ingrid
Matthäus-Maier
(SPD)
- In welcher Höhe und wann sind seit dem 1. Juli 1990 Zahlungen an den Ausgleichsfonds Währungsumstellung bzw. an den Erblastentilgungsfonds aus Ausgleichsverbindlichkeiten bzw. aus den darauf angefallenen Zinsen von Geldinstituten und Außenhandelsbetrieben geleistet worden?
58. Abgeordnete
Dorle
Marx
(SPD)
- Wurden beim Verkauf des 64-%-Anteils an der Deutschen Handelsbank AG an die Bank für Gemeinwirtschaft im November 1990 keine Nachbesserungsklauseln vereinbart, und wenn dies zutrifft, warum wurden keine Nachbesserungsklauseln vereinbart?
59. Abgeordnete
Dorle
Marx
(SPD)
- Welchen Wert hat die Treuhandanstalt den Beteiligungen der Deutschen Handelsbank AG an sechs Firmen des ehemaligen Bereichs Kommerzielle Koordinierung beigemessen, die im Zuge des Verkaufs des restlichen 30-%-Anteils an der Deutschen Handelsbank an die Bank für Gemeinwirtschaft im Jahre 1994 auf die Treuhandanstalt übergingen?
60. Abgeordneter
Dr. Mathias
Schubert
(SPD)
- Wurden beim Verkauf der Anteile der Deutschen Kreditbank AG an den Joint-venture-Instituten Deutsche Bank Kreditbank AG und Dresdner Bank Kreditbank AG durch die Bundesregierung keine unabhängigen Gutachter zur Berechnung der jeweiligen Unternehmenswerte beauftragt, und wenn dies zutrifft, warum wurden keine unabhängigen Gutachter beauftragt?

61. Abgeordneter
Dr. Mathias Schubert
(SPD)
- In welcher Höhe wird der Erblastentilgungsfonds als Bestandteil des Bundeshaushalts durch Ausgleichsforderungen belastet, die Geldinstituten seit dem 1. Juli 1990 bis heute zugeteilt wurden, um die Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen zu decken und um ein Eigenkapital in Höhe von 4 % der Bilanzsumme zu erreichen?
62. Abgeordneter
Manfred Hampel
(SPD)
- Gibt es neben der Deutschen Kreditbank AG, der Berliner Stadtbank AG, der Genossenschaftsbank Berlin, der Deutschen Außenhandelsbank AG und der Deutschen Handelsbank AG weitere Geldinstitute aus der ehemaligen DDR, an denen der Bund oder ihm unterstellte Institutionen beteiligt sind oder waren, und wenn ja, welche?
63. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Ist das Bundesministerium der Finanzen bereit, dem Vorschlag des Finanzministeriums von Baden-Württemberg vom August 1995 zu folgen und eine gemeinsame Arbeitsgruppe des Bundes und des Landes Baden-Württemberg zu bilden, um eine abgestimmte Lösung für die Zukunft der Oberfinanzdirektionen in Freiburg und Karlsruhe angesichts der auf beiden Ebenen zu verzeichnenden Aufgabenrückgänge zu finden, und was sind ggf. die Gründe, eine solche gemeinsame Arbeitsgruppe nicht einzurichten?
64. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie soll nach Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen bei der Entscheidung über die Zukunft der beiden Oberfinanzdirektionen in Freiburg und Karlsruhe verfahrensmäßig sichergestellt werden, daß die parallelen Rationalisierungsmaßnahmen von Bund und Land zu lebensfähigen und dauerhaften Organisationsformen führen, und welcher Zeitplan ist hierfür vorgesehen?
65. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Welche Veränderungen hat es bei der Ausstattung mit Bundesbehörden und bundeszentralen Einrichtungen der Städte Freiburg und Karlsruhe, dargestellt durch Bezeichnung der Einrichtung samt der betroffenen Arbeitsplätze, zwischen 1970 und 1995 gegeben, und wie bewertet das Bundesministerium der Finanzen die aktuelle Bundespräsenz und ihre Veränderung in den letzten 25 Jahren hinsichtlich des Vorschlages der „Arbeitsgruppe zur Neuorganisation der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen der Oberfinanzdirektionen“, die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilungen der Oberfinanzdirektionen Freiburg und Karlsruhe in Karlsruhe zusammenzulegen?

Bonn, den 24. November 1995

